# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlin's: Wien: M. Cohen. — Breslau: L. Schlotte. — Cassel: Th. Diederich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Ch. Herrmann's Buchhandl., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaar, Jacob Türkheim. — Hannover: Carl Schlesier. — Jena: Costenoble's Buchhandl. —

Mainz: D. Franz. — Breslau: Bernhard Grüter. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel's Buchh. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 9. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, Bibliothèque-Nationale et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8.

**Nr. 41.** **Berlin, Montag den 17. Februar 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **franko**ren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.


Mit zunehmender Dringlichkeit ist seit Jahren aus den konservativen Kreisen, insbesondere aus denen Berlins, der Wunsch an uns herangetreten, eine den Bedürfnissen konservativer Leser entsprechende **Morgenzeitung** in das Leben zu rufen.

Um diesen Wünschen nach Thunlichkeit zu entsprechen, wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" von nun an in einer **Morgen-** und in einer **Abendausgabe** erscheinen, deren letztere die Abonnenten in der bisherigen Weise erhalten, während die Morgenausgabe, wie die anderen Morgenblätter Berlins, den hiesigen Abonnenten in den Frühstunden bis 8 Uhr, den auswärtigen Abonnenten mit den entsprechenden Morgenzügen zugestellt werden wird.

Die veränderte Art des Erscheinens macht einige Abänderungen in der äußeren Form und dem stoffliche Arrangement des Inhalts unbedingt erforderlich; indem wir aber den bisherigen Gewohnheiten unseres Blattes auch in dieser Hinsicht möglichst getreu zu bleiben suchen, glauben wir voraussetzen zu dürfen, daß unsere Leser und Freunde mit der neuen Form der Zeitung sich bald vertraut machen und befreunden werden.

In dem Preise der Zeitung tritt keine Veränderung ein; die Opfer, welche die neue Einrichtung unabweislich fordert, werden in dem Dienste, welcher den Interessen wahrhaft konservativer Gesinnung damit geleistet ist, und in der Anerkennung der konservativen Kreise ihre Entschädigung suchen und hoffentlich auch finden.

**Norddeutsche Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.**

## Politischer Tagesbericht.

Berlin, 17. Februar.

Der Staatsminister a. D. Delbrück angementirt in der ihm bisher ohne Widerspruch zugeschriebenen bekannten Freihandels-Broschüre über den auswärtigen Getreidehandel Deutschlands folgendermaßen: Deutschland braucht jährlich 406 Millionen Zentner Getreide, von denen es 27 Millionen durch Einfuhr beschaffen muß. Durch einen Zoll von 50 Pfennig auf den Zentner wird der Zentner Getreide um 50 Pfennig vertheuert, folglich müßte das deutsche Volk die Hälfte von 406 Millionen = 203 Millionen Mark jährlich zahlen, um der Reichskasse 50 Pfennig vom Zentner des vom Auslande eingehenden Getreides, also 13½ Millionen Mark, zu verschaffen.

Diese Argumentation beruht auf zwei vollkommen willkürlichen Annahmen:

1. Daß durch die Belastung des eingeführten Getreides mit einem Zoll von 50 Pfennig die gesammte inländische Ernte um ebenso viel pro Zentner theurer würde, und

2. daß wenn wirklich eine solche Vertheuerung eintrete, dadurch die Arbeitslöhne so gesteigert werden würden, daß nicht einmal den landwirthschaftlichen Produzenten selbst ein Gewinn aus der Vertheuerung ihrer Produkte erwüchse.

Was die erstgenannte Annahme betrifft, so gegen dieses Sophisma eigentlich gar nicht anzukämpfen, weil durchaus keine Beweise dafür versucht sind. Vielmehr wird einfach behauptet, daß es in der Hand der Millionen Landwirthe liegen werde, ihre Konkurrenz zu beseitigen und durch gegenseitige Verabredung den Preis per Zentner ihres Produkts um 50 Pfg. höher zu setzen, resp. es wird so gethan, als ob die Zölle zu den Produktionskosten der inländischen Landwirthschaft gehörten. Wir möchten doch dem Herrn Verfasser dagegen folgende Frage vorlegen: Es wird ihm bekannt sein, daß bei dem Eingangszoll auf Bier von 2 Mark per Zentner bisher, daß bei uns ferner eine inländische Steuer auf die Fabrikation dieses in sehr vielen Gegenden Deutschlands als nothwendig angesehenen Nahrungsmittels erhoben wird. Angenommen nun, die inländische Steuer würde aufgehoben, der ausländische Zoll bliebe, müßte dann der Preis des inländischen Bieres bei gleichbleibender Produktion und Konsumtion von dem Fortfall der inländischen Steuer ganz unberührt bleiben, weil ein Grenzzoll auf dem Biere liegt? richtet sich also der Preis des Bieres nach dem Grenzzoll? Und ferner, wie kommt er überhaupt dazu, die ganze Nation als an den Getreideprozessen interessirt hinzustellen, da doch mindestens, wie wir schon neulich (Nr. 36) erwähnten, die eigene Konsumtion der Landwirthe an selbstgezogenem Getreide dann unberührt bleiben muß. — Aber, sagt er, die Arbeitslöhne!

Wir kommen damit auf jene zweite Annahme, die nicht minder fragwürdig ist. Denn erstens zahlt ein großer Theil der Landwirthe direkt keine Arbeitslöhne, weil er keine fremden Arbeiter beschäftigt, sondern sich auf die Arbeit der Familie beschränkt, und zahlt Arbeitslöhne nur indirekt in den gekauften Manufakturwaaren u. s. w. Geben wir aber zu, daß die Arbeitslöhne entsprechend der Vertheuerung des Getreides, wie sie der Verfasser annimmt, steigen, so müßten doch 1. alle Produktionsauslagen des Landwirths in Arbeitslöhnen aufgehen, wenn er gar keinen Gewinn aus der Steigerung des Preises seiner Produkte haben sollte — angenommen natürlich, daß eine solche überhaupt eintrete; denn sonst würden auch die Arbeitslöhne nicht steigen. 2. wenn die Arbeitslöhne stiegen, so würde ja demnach eine Verschlechterung der Lage der Arbeitenden oder der „Schwächeren", wie der Herr Verfasser sagt, eben nicht eintreten, und es ist schwer zu begreifen, wie behauptet werden kann, daß durch dieselbe Maßregel der Getreidezölle die Arbeiter ein erhöhtes Einkommen beziehen und zugleich dadurch am härtesten getroffen werden würden.

Ueber diese Willkürlichkeiten und Widersprüche in der Broschüre ist nicht hinauszukommen; und ebenso wenig kann man dem Herrn Verfasser zugeben, daß Deutschland bereits in dem Maße von der Zufuhr des Auslandes abhängig sei, daß es selbst in steigenden Getreidepreisen keinen Anlaß zur Vermehrung der inländischen Getreideproduktion finden, und wenn es ihn finden würde, diese gar nicht steigern könnte. Daß durch den Rückenbau und die Ausdehnung des Wiesenbaus dem Getreidebau Land verloren gegangen ist, unterliegt keinem Zweifel; er hätte auch hinzufügen können, daß durch die Vermehrung der Bevölkerung und der dadurch nöthigen Wohnungen, durch Eisenbahnen und Fabriken sehr ausgedehnte Flächen der Nahrungsmittelproduktion entzogen wurden. Ob eben nicht viel mehr früher unkultivirtes Land dafür dem Volkswohlstande dienstbar gemacht sein sollte? und ob etwa nicht außerordentlich viel für die Nahrungsmittelproduktion brauchbare, aber noch unbenutzte Flächen vorhanden wären? Sind wir etwa überhaupt schon an der Grenze der landwirthschaftlichen Produktionsfähigkeit angelangt, so daß wir unbedingt von der Ausfuhr abhängig wären? Man schaffe im Norden und Osten des Reichs viele kleine Güter; man leite die Landwirthe auf den richtigen Weg: mit mehr Betriebskapital zu arbeiten, statt große Güter mit großen Schulden zu kaufen und mühsam zu halten; man fahre nur mit Energie in der Richtung der Bestrebungen des jetzigen Landwirthschafts-Ministers fort, und man wird sehen, daß die deutsche Landwirthschaft sehr wohl im Stande ist, den kleinen, jetzt mangelnden Theil des Konsumtionsbedarfs durch eigene Produktion zu decken und uns in unseren wichtigsten Lebensbedingungen vom Auslande unabhängig zu stellen. Wenn also ein kleiner Zoll durch Vertheuerung des Getreides, welche die arbeitenden Klassen nach Ansicht des Herrn Ministers Delbrück nicht treffen würde, hierzu den Ansporn gäbe, so wäre damit etwas sehr Wünschenswerthes erreicht. Indessen müssen wir einstweilen die Preistheorie St. Exzellenz noch einigermaßen bezweifeln, und dieselbe erinnert uns lebhaft an das von uns neulich besprochene logische Kunststück des Hrn. Geh. Raths Dr. Engel, der als Konsumenten, die im Gegensatz zu den Produzenten durch Zölle geschädigt würden, auch alle Angehörigen von Produzenten rechnete und dabei vergaß, daß diese doch auf Grund des Einkommens der Produzenten leben.

Im ungarischen Unterhause war am Sonnabend der Artikel V des Prager Friedens Gegenstand längerer Debatte.

In Beantwortung einer, am Tage vorher eingebrachten Interpellation erklärte der Ministerpräsident Tisza:

Wie bisher in dem Hause schon oft gesagt worden, sei es nicht jede einzelne Aktion des auswärtigen Amtes, sondern die ganze Richtung der auswärtigen Politik, auf welche der ungarische und der österreichische Ministerpräsident Einfluß haben könnten, und bezüglich welcher sie zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Was indessen diesen speziellen Fall betreffe, so habe er von demselben seit längerer Zeit Kenntniß und habe demselben als solchem, dessen Richtung und Zweck er nur billigen könnte, a priori und a posteriori bereitwilligst zugestimmt. Denn der Sinn des Ganzen sei der, daß die Monarchie dem großen Nachbarstaate gegenüber auf eine Bestimmung verzichte, welche sie, wie die verflossenen 19 Jahre bewiesen, ohnehin nicht zur Geltung bringen wollte. Zur Realisirung derselben sei sie Keinem gegenüber verpflichtet gewesen. Im eigenen Interesse aber habe es vom Gesichtspunkte der österreichisch-ungarischen und noch mehr der ungarischen Politik gebilligt werden können, daß die Klausel, welche ja zu einer neuen Einmengung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands hätte Anlaß bieten können, durch diesen Vertrag vernichtet wurde (Beifall). Wenn einem anderen Gesichtspunkte aus aber habe ihn, den Minister, auch die Absicht geleitet, daß, wenn eine Großmacht von einem ihr von langer Zeit zugesicherten Rechte nicht Gebrauch machen wolle, es viel korrekter sei, auf dasselbe einfach zu verzichten, als es stillschweigend aufrecht zu erhalten, es nicht zur Geltung zu bringen, eventuell aber im Falle von Komplikationen Anlaß zu geben, daß andere Mächte, welche ein Interesse daran haben könnten, daß jene Vertragsklausel zur Geltung gebracht werde, die Monarchie in unangenehme Verhältnisse verwickelten, und daß die Aufrechterhaltung einer solchen Klausel die Quelle späterer Verwickelungen werden könne. Hiermit glaube er auch die Frage beantwortet zu haben, was das Motiv seiner Zustimmung gewesen wäre, sowie beinahe auch diejenige, was das auswärtige Amt zu dieser Konzession bewogen und ob es irgend einen Gegendienst erhalten habe und welchen. Er habe dies hier die Forderung eines Gegendienstes weder am Platze, noch an der Zeit gewesen wäre, denn, wenn eine Macht, mit der Oesterreich-Ungarn in Freundschaft lebe, die Annullirung einer Klausel wünschte, deren Erhaltung durchaus nicht in Oesterreich-Ungarns Interesse lag, in Zukunft aber, Unannehmlichkeiten hervorrufen konnte, so hätte man hierfür als Gegendienst etwas Anderes, als die festere Gestaltung des guten nachbarlichen Verhältnisses weder wünschen, noch erwarten, noch fordern können. Hier könne also von keinerlei Gegendiensten die Rede sein, sowie auch dieser Vertrag in keinerlei Richtung als Gegendienst betrachtet werden könne. Denn was die oft erwähnten und auch heute vorgebrachten bosnischen und herzegowinischen Angelegenheiten betreffe, so habe Deutschland bezüglich derselben niemen Gegendienst erwartet und sei dasselbe auch diesseits nie zu einem Dienst in dieser Richtung angegangen worden. Wohl aber sei es Deutschland gewesen, welches mehrere Jahre vor dem Berliner Vertrage, wie heute schon Jedermann wisse, mit andern Mächten Oesterreich-Ungarn auf die Okkupation hingewiesen habe.

Im Fortgange seiner Rede sagte der Ministerpräsident Tisza: So viel er wisse, kenne man in Frankreich die Gesinnungen der österreichisch-ungarischen Monarchie Frankreich gegenüber viel zu gut, als daß bei den Franzosen ein Verdacht entstehen könnte. Er wisse, daß Männer der französischen Republik es schwerlich übel nehmen werden, wenn aus dem Vertrage eine Stipulation weggelassen werde, welche seiner Zeit weder der Wunsch Frankreichs, noch Deutschlands, noch Oesterreichs, noch Dänemarks war, sondern der direkte und persönliche Wunsch des damals die Stelle eines Vermittlers spielenden Napoleon III. (Zustimmung rechts.) Was die Frage betreffe, ob keine geheime Abmachung vorhanden sei, so glaube er, daß diese Frage zu der Klasse derjenigen gehöre, auf welche man keine Antwort zu erwarten pflege, und wenn man eine solche erwarte, pflege man sie nicht zu glauben. Denn entweder existire ein solcher Vertrag, oder er existire nicht, und in keinem Falle würde ein Minister des Auswärtigen sich hierüber äußern. Um so weniger könne er dies thun, da er nicht Minister des Auswärtigen sei. Wenn die Regierung auch erklären würde, daß kein geheimer Vertrag existire, so würde gewiß die Antwort darauf sein, daß wenn ein solcher Vertrag vorhanden wäre, die Regierung ihn doch nicht mittheilen würde. Und so könne immer vorausgesetzt werden, daß ein solcher Vertrag vorhanden sei. Was die Unterbreitung des Vertrages betreffe, so habe er schon erklärt, daß der Vertrag, wie dies seit dem Jahre 1867 mit allen keine Verpflichtung und Belastung enthaltenden Verträgen geschehen, im Amtsblatte veröffentlicht werden werde. Bevor er das Haus ersuche, seine Aufklärung zur Kenntniß zu nehmen, bitte er allen hier kundgegebenen weltbürgerlichen Ideen gegenüber zu erwägen, ob es gerade die österreichische Monarchie sei, welche Ungarn sei in dem Interesse die Aufrechterhaltung des Prinzipes des Plebiszits nach Volksstämmen liege (Lebhafte Zustimmung rechts); er glaube nicht. Und da auch dieser Gesichtspunkt die Annullirung der fraglichen Klausel rechtfertige, so ersuche er das Haus, seine Antwort zur Kenntniß zu nehmen.

Nach einigen Bemerkungen Helfy's und Pasmandy's und kurzen Gegenbemerkungen Tisza's wird die Antwort zur Kenntniß genommen.

Der Chef der Admiralität veröffentlicht im Marine-Verordnungsblatt eine Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 11. Februar, betreffend die **Organisation des Steuermanns-Personals**, mit einer Reihe von Ausführungsbestimmungen. Wir werden die Allerhöchste Kabinetsordre nebst diesen Ausführungsbestimmungen im Morgenblatte vollständig zum Abdruck bringen.

**Der „Reichs-Anzeiger"** enthält folgende auf Grund des **Sozialistengesetzes** ergangene Bekanntmachungen:

Das hiesige **Polizei-Präsidium** verbot die vom 1. Februar, beziehungsweise 5. und 8. Februar 1879 datirten Nummern 8, 9 und 10 der in Chur erscheinenden periodischen Druckschrift: „Der Volksfreund".

## Rundschau im Auslande.

Die Rekonstituirung des **österreichischen** Kabinets ist nunmehr Thatsache geworden: Die betreffenden kaiserlichen Ordres wurden gestern früh in Wien publizirt und theilen wir dieselben an anderer Stelle (unter Oesterreich) mit. Das für die nächste Zeit, angesichts der bevorstehenden Wahlen, wichtigste Portefeuille, das des Innern, hat Graf Taaffe übernommen, und damit ist dem gegenwärtigen Ministerium — mag dasselbe nun ein provisorisches oder ein definitives sein — der bestimmende Charakter aufgeprägt worden. Unmittelbar nach der erfolgten Konstituirung des Ministeriums Stremayr hat ein großer Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers stattgefunden, an welchem außer den Reichsministern auch Vertreter des österreichischen und des ungarischen Kabinets theilnahmen. Es wurde darin die Machtsituation und Aufgabe der Delegationen auf den 27. d. Mts. festgesetzt.

Nachdem der Friede von Konstantinopel nunmehr russischer- wie türkischerseits ratifizirt worden, hat Kaiser Alexander in einem besonderen Manifeste dem **russischen** Volke von diesem Friedensschlusse, sowie von der Rückberufung der Armee in die Heimath Kenntniß gegeben. General Todleben hat Rzeouf Pascha in Adrianopel eröffnet, daß die Räumung der von russischen Truppen okkupirten Gebietstheile am 9. März vollständig beendigt sein werde. — Der solchergestalt geschaffenen friedlichen Situation entsprechend, ist auch die russisch-rumänische Differenz ihres ernsten Charakters entkleidet worden. Rumänien erhebt gegen den Durchmarsch der russischen Truppen durch die Dobrudscha nicht länger Einspruch und die Abberufung des russischen Ministerresidenten, Baron Stuart, aus Bukarest wird wohl als äußeres Zeichen einer Verstimmung kaum zu betrachten sein, da derselbe berufen ist die Direktion der kaiserlichen Archive im Ministerium des Aeußern in St. Petersburg zu übernehmen.

Die **Türkei** hat ihrerseits den Missionen im Auslande davon Kenntniß gegeben, daß auch die territorialen Veränderungen Montenegro gegenüber beiderseits geordnet und zum Austrage gebracht worden sind.

Eine weniger befriedigende Wendung nehmen die **türkisch-griechischen** Verhandlungen. Ein Telegramm aus Athen berichtet: Die Pforte habe offen erklärt, daß sie den Aussprüche des Berliner Kongresses bezüglich der Rektifikation der griechischen Grenze nicht nachzukommen vermöge und nur unterhalb Volo einen schmalen Streifen an Griechenland abtreten könne. H. T. B. veröffentlicht sogar bereits eine vom Sonnabend datirte Mittheilung aus Athen, des Inhalts:

„Das griechische Kabinet habe an die Pforte eine energische Note abgehen lassen, in welcher unter Bezugnahme auf das augenscheinliche Bestreben der türkischen Grenztracirungskommission, die Arbeiten möglichst zu verschleppen, darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Pforte sich nicht werde darauf berufen können, wenn Griechenland seine Delegirten etwa zurückberufen müßte. Die griechische Regierung habe ihre Ehre und Würde zu wahren und sei daher nicht geneigt, eine ernste Frage in der bisher von türkischer Seite beliebten Weise behandeln zu lassen."

Falls eine solche Note wirklich besteht, so scheint die obige türkische Erklärung wohl die Antwort auf dieselbe sein zu sollen. Wenigstens berichtet W. T. B. aus Konstantinopel, der dortige französische Botschafter habe dem türkischen Minister des Auswärtigen, Karatheodori, eine Note des Ministers Waddington mitgetheilt, welche dem Mißfallen der französischen Regierung an der Verschleppung der Verhandlungen in entschiedenster Weise Ausdruck verleiht. Die Pforte hatte in Folge dessen an ihre Kommissäre Instruktionen abgehen lassen, welche wohl der obigen Mittheilung entsprechen dürften. Endlich meldet man noch der „Agence Havas" aus Athen vom 15. d.:

„Am Donnerstag fand in Preveza eine dritte Zusammenkunft der griechischen und türkischen Bevollmächtigten Statt, hatte aber wiederum keinen Erfolg. Indessen verschoben die Griechen auf Bitte Moukhtar's, der Weisungen von der Pforte erwarten wollte, ihre Abreise. Die griechische Regierung hat den Mächten Mittheilung von dem Ergebnisse der Verhandlungsversuche gemacht. Man glaubt, am Montag werde eine neue Zusammenkunft Statt finden."

Die griechischen Bevollmächtigten wohnen in Preveza an Bord ihres Schiffes, da sie in der Stadt kein passendes Unterkommen finden konnten. Die Pausen zwischen den Verhandlungen vertrieben sie sich, in Gemeinschaft mit ihren türkischen Kollegen, auf Mukhtar Pascha's Einladung durch Eberjagden.

**Ein Bericht des „Pol. Corr."** besagt, leider heute Alles darauf hin, daß die Pforte entschlossen sei, nicht gutwillig den Beschlüssen des Kongresses Folge zu leisten.

„Mouhtar Pascha war, wie authentisch versichert werden kann, in der dem Zusammentritte der Kommission vorausgegangenen längeren Epoche so überaus thätig, Zündstoff aus allen Theilen des Epirus in Preveza anzuhäufen, daß der Eintritt von Ergebnissen dort ständlich zu gewärtigen ist. Mehr als 1000 (?) Beis aus dem Epirus und noch jenseits von Janina sind in Preveza mit zahlreichem, waffenstrotzendem Gefolge versammelt und ihre Haltung ist eine sehr drohende und herausfordernde. Mehr als 10,000 Gewehre sind in den letzten Tagen unter den Albanesen der Dörfer im Epirus vertheilt worden. Mit einem Worte, es ist Alles vorbereitet, um binnen wenigen Tagen wenn die Frage wegen Janinas zur Verhandlung gelangt, den Mächten durch eine großartige Demonstration darzuthun, daß eine Abtretung unmöglich sei. Wohl sind die Mächte davon genau unterrichtet und auch die gastreicheren Christen im Epirus sorgten durch Memoires und Berichte an die Gesandten in Konstantinopel dafür, diese Machinationen ans Tageslicht zu bringen. Die dunklen Mittel der Pforte sind aber mächtig, und soll in der letzten Zeit der französische Botschafter in Konstantinopel, Mr. Fournier, einer albanesischen Deputation in Konstantinopel erklärt haben, daß sich Griechenland vielleicht bestimmen lassen werde, einige Landstriche jenseits des Salambria in Thessalien statt des Dreieck zwischen Preveza, Janina und dem Meere zu acceptiren. Wie aber bestimmt versichert werden kann, hat keine ausmärtige Macht bis zur Stunde eine solche Zumuthung an Griechenland gerichtet.

Die Zuversicht Griechenlands, daß Frankreich seine Aspirationen unterstützen werde, ist seit Waddington's Verbleiben im Amte gewachsen. Auch Gambetta telegraphirte, eine Glückwunschdepesche der Athener Epiroten beantwortend, an deren Vorstehenden, General Spiro-Milios, ein tröstliches: „Ayes confiance!"

Die **französische** Regierung ist noch immer mit ernsten Erwägungen über die Amnestievorlage sowie über die außerordentliche Bereitwilligkeit des Pariser Munizipalrathes befaßt: den heimkehrenden Kommunisten mit 100,000 Frcs. unter die Arme zu greifen. Präfigent Grevy hat die kommunalen Vertreter der Stadt Paris in einer Audienz empfangen, in welcher er sie aufforderte, Klugheit und Mäßigung zu beobachten. In ähnlicher Weise hat sich auch Hr. Gambetta Tele girtep seines Wahlkomitès in Belleville gegenüber ausgesprochen. In der Schweizer Presse beschäftigt man sich sehr eingehend mit der Persönlichkeit des neuen französischen Botschafters, Herrn Challemel-Lacour, beiläufig seit 1869 der sechste Vertreter Frankreichs in Bern. Derselbe soll heute eintreffen, den Eidgenossen des Senats öfter beigewohnen und wird demnach voraussichtlich viel von Bern abwesend sein. Herr Challemel-Lacour, sowie seine Begleiter — mit Ausnahme des Militairattachés — trugen bei Ueberreichung der Kreditive keinerlei Uniform noch Dekoration; unter dem Titel eines Archivsekretairs und — wie die „Grenzpost" meint — wahrscheinlich auch ein wenig als Geheimsekretair, begleitet ihn ein Herr Stähelin von Straßburg, der Sohn eines dortigen Bankiers.

Aus Belgrad wird die Affektirung des neuen französischen Ministerresidenten, Baron de Michels, bei dem serbischen Gouvernement an Stelle des zum Ministerresidenten Frankreichs in Cettinje ernannten Mr. de Quentin sigmalisirt.

Der Papst hat ein Jubeljahr ausgeschrieben, welches vom 2. März bis 1. Juni dauern soll und wohl viele Pilger nach **Rom** führen wird, ein Umstand, der den päpstlichen Kassen besonders zu Gute kommen dürfte. Wie der „Presse" aus Rom gemeldet wird, hätte die **italienische** Regierung die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen beschlossen. Das Ministerium werde in der nächsten Woche schon das Gesetz über die Wahlreform einbringen, demzufolge das Alter der Wähler auf einundzwanzig Jahre und der Zensus auf 20 Lire festgesetzt wird. Als Schuldbildung werde nur der Besuch der vier Elementarklassen erforderlich sein.

Im Admiralitätsrath hat am Freitag ein sehr lebhafter Wortwechsel stattgefunden, in Folge dessen der frühere Marineminister, Vizeadmiral Saint-Bon zur Disposition gestellt worden ist und Vizeadmiral Brochetti seinen Abschied nachgesucht und erhalten hat. Es mag dies eine Folge der im italienischen Marine-Offizierkorps herrschenden Mißstimmung darüber sein, daß die Marine einen Advokaten zum Minister erhalten hat.

Zum **Kaffernkriege** sind heute folgende Nachrichten eingetroffen:

**London**, 15. Februar. Die „Pall Mall Gazette" meldet, daß in eben die Nachricht von einem Siege der englischen Truppen über die Zulus eingelangt sei.

Die Nachricht soll von dem Kapitain eines Dampfers von Madeira aus an seine Londoner Firma telegraphirt worden sein, weitere Mittheilungen sind erst am Mittwoch bei Eintreffen des Schiffes zu erwarten.

Anderen Nachrichten zufolge wären zwei starke Kaffern-Kolonnen, die eine im Anmarsch gegen Utrecht, die andere nach Ueberschreitung des Umatowgagebirges ins Transvaalgebiet eingedrungen, hatten die von den Bewohnern verlassene Grenzstadt Clouchs besetzt und bewegen sich gegen den Pisangfluß in der Richtung von Elofa.

**Die Pestepidemie** wird heute gemeldet:

**Petersburg**, Sonntag 16. Februar. (W. T. B.) General Graf Loris-Melikoff meldet vom 15. d., daß die beiden Personen in Kamennyjar, welche am Tage nach ihrer Erkrankung starben, nicht von der Epidemie ergriffen waren, und daß ein neuer Erkrankungsfall an der Epidemie überhaupt nicht vorgekommen ist. Ferner sei amtlich konstatirt, daß in den von der Epidemie heimgesuchten Ortschaften weder neue Epidemieerkrankungen, noch neue Sterbefälle vorgekommen seien. Ueber die in Kamennyjar vorgekommenen Erkrankungen wird noch von den durch den Gouverneur von Astrachan dorthin gesendeten Aerzten weitere Mittheilungen erwartet; übrigens seien daselbst alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Thauwetter dauere fort, der Eisgang auf der Wolga habe begonnen. — Eine weitere offizielle Meldung bestätige, daß neuere Erkrankungs- und Sterbefälle nicht vorgekommen seien, daß indeß alle angeordneten Vorsichtsmaßregeln fortgesetzt würden. Die Beendigung der regelmäßigen Umgangung des Quarantainerayons um die von der Epidemie heimgesuchten Lokalitäten könne jedoch nicht früher als am 15. d. erwartet werden.

**Petersburg**, Sonntag 16. Februar, Morgens. (W. T. B.) Dem „Golos" wird aus Zarizin vom 15. d. gemeldet: Das dem Generalgouverneur beigegebene berathende Sanitätskomité hat unter dem Vorsitze des Gouverneurs von Saratoff seine Thätigkeit eröffnet. Der Hauptgegenstand der bisherigen Berathung des Komités war die Frage der Durchlassung von 10,000 Menschen aus dem Quarantainerayon zur Fischerei nach dem Astrachanschen und dem Kosakenjaraitschen Bezirk. Es wurde beschlossen, speziell zu diesem Zwecke bis zur Mitte des nächsten Monats etwa 10 besondere Quarantainen zu errichten. Das Thauwetter nimmt zu.

**Petersburg**, Montag 17. Februar, Vormittags. (W. T. B.) Nach einem Ukas des Kaisers an den Senat vom 13. d. M. sind Personen für Verletzung der Quarantaineverschriften bei Verhängung des Belagerungszustandes in dem dem General Loris-Melikoff unterstellten Bezirken dem Kriegsgerichte zu übergeben. — Ein Telegramm des Generals Loris-Melikoff vom 16. d. M. meldet,